

Bosnische Serben blockieren eine Annäherung an die EU

Andreas Ernst Basler Zeitung
October 3, 2005

Greift der mit harter Hand regierende Bosnien-Verwalter zu Sanktionen? In der Republik der bosnischen Serben steht eine Kraftprobe mit dem internationalen Verwalter Bosniens bevor.

Schlägt er wieder zu? In der Republika Srpska, die mit der bosnjakisch-kroatischen Föderation den Staat Bosnien-Herzegowina bildet, warten die Politiker gespannt auf die Reaktion von Paddy Ashdown, «Hoher Repräsentant» der internationalen Gemeinschaft in Sarajevo. Vor kurzem hatten die bosnischen Serben eine Polizeireform abgelehnt, welche die Polizeihoheit vom serbischen Teilstaat auf den Gesamtstaat übertragen hätte. Die Reform war die letzte Hürde, bevor Bosnien-Herzegowina Verhandlungen mit der EU über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen hätte aufnehmen können.

Aus für Karadzic-Partei? Die Verärgerung in Sarajevo ist gross. Ashdown hatte vor der drohenden Isolation der Serbenrepublik gewarnt: «Überlegt es euch, bevor es zu spät ist.» Viele Beobachter glauben, dass Ashdown, wie schon oft zuvor, die unbotmässigen Politiker mit Sanktionen belegen wird. Zur Debatte steht die Auflösung der von Radovan Karadzic gegründeten Serbischen Demokratischen Partei (SDS). In Ashdowns Büro hält man sich bedeckt: Alle Optionen seien noch offen, heisst es dort.

Druck nützte nichts. Erst kürzlich hatte Richard Holbrooke, der Chefunterhändler des Daytoner Friedensabkommens, gesagt, er empfehle das Verbot der SDS schon lange. Es sei ein Fehler gewesen, dass man dies nicht 1996 nach Dayton gemacht habe. Dragan Cavic, der Parteivorsitzende, erklärt dagegen, man werde sich mit allen demokratischen Mitteln zur Wehr setzen. Aber er hat wenig in der Hand. Im Sommer 2004 entliess Ashdown 59 SDS-Repräsentanten per Dekret, nachdem deren Unwillen zur Zusammenarbeit mit dem Haager UNO-

Tribunal den Beitritt Bosniens zur «Partnerschaft für den Frieden» der Nato verhindert hatte. Alle Proteste nützten nichts. Einen Gesinnungswandel in der Partei führte die Strafe allerdings nicht herbei.

Dennoch spricht sich die «International Crisis Group», eine einflussreiche Nicht-Regierungsorganisation mit Aussenstellen in der Region, für eine Politik der harten Hand aus. Die SDS sei zu verbieten, ihr Vermögen zu beschlagnahmen. Zudem müsse die EU-Polizeimission durch eine schlagkräftigere Truppe ersetzt werden.

«Gar nichts» hält hingegen Gerald Knaus von Ashdowns Sanktionen. Der Direktor der «European Stability Initiative», einer andern angesehenen «Denkfabrik», fände ein Verbot der SDS «absurd»: Auch die Opposition sei schliesslich gegen die Zentralisierung der Polizei gewesen. Das Eingreifen von oben verhindere, dass sich die Parteien in langwierigen Verhandlungen einigen müssten. Dazu brauche es auch Druck von aussen. Aber per Dekret könnten weder Reformen noch demokratische Kultur verordnet werden.

ERPRESSERISCH. Tanja Topic, die für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Banja Luka tätig ist, bezeichnet die Politik Ashdowns als «erpresserisch und kontraproduktiv». Ashdown habe verschiedenen Politikern mit Anklageerhebung wegen Unterschlagungen gedroht, wenn sie bei der Polizeireform nicht spurten. Die Popularität der SDS, die eigentlich auf dem absteigenden Ast sei, werde damit gefördert.